

Mittwoch, 05. Januar 2011 18:07 Uhr

URL: <http://www.wiesbadener-tagblatt.de/region/untertaunus/aarbergen/9794692.htm>

Wiesbadener Tagblatt

AARBERGEN

„Nicht gegeneinander ausspielen“

05.01.2011 - AARBERGEN

Von Alfred Christ

WINDKRAFT Aarbergener Gemeindevertretung vertagt Beschluss zur Ausweisung von Flächen

Ausgelöst von einem Antrag der SPD-Fraktion, entwickelte sich in der letzten Sitzung der Gemeindevertretung Aarbergen eine lebhafte Diskussion um die Ausweisung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen beziehungsweise den ausdrücklichen Ausschluss bestimmter Gebiete. Eine Beschlussfassung wurde allerdings vertagt.

Per Beschluss wollte die SPD festgelegt sehen, dass die Gemeinde Aarbergen in den Gemarkungsbereichen zwischen der B 54 und den Gemarkungsgrenzen Dörsdorf, Eisighofen und Reckenroth (überwiegend Gemarkung Hausen, ein kleiner Teil zu Michelbach zählend) keine kommunalen Flächen für die Errichtung von Windenergieanlagen zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeindevorstand sollte entsprechende schriftliche Vereinbarungen mit dem hessischen Forstamt (für den Staatswald) und den drei genannten rheinland-pfälzischen Nachbargemeinden treffen.

An den Regierungspräsidenten (RP) in Darmstadt wiederum sollte mit Hinweis auf diesen Beschluss die Aufforderung ergehen, „bei den regionalplanerischen Festsetzungen zu berücksichtigen, dass hier keine Ausweisung von Flächen für Windkraftanlagen gewünscht ist.“

Stattdessen - so der SPD-Fraktionsvorsitzende Dieter Kirschhoch in seinen weiteren Erläuterungen - sollte Aarbergen prüfen, ob ein gemeinsamer Windpark mit den Nachbargemeinden Hünfelden und Hünstetten realisierbar sei. Dies vor allem in Hinblick darauf, dass ein Bürgerentscheid in Hünfelden ein sehr deutliches Votum für ein Windkraftgebiet im Waldbereich Hünfelden-Kirberg/Hünstetten-Ketternschwalbach ergeben habe.

Folglich würden in unmittelbarer Nachbarschaft zu Aarbergener Gemarkung auf jeden Fall Windkraftanlagen gebaut. Verhindern könne man das nicht, stattdessen sollte man sich anschließen. Zwei bis vier Windräder wären auf



Um Windkraftanlagen wie hier im Vogelsberg, wird jetzt auch in Aarbergen diskutiert. Archivfoto: Wolfgang Kunert

Aarbergener Seite denkbar. Die seien weit weg von Aarbergener Wohnbebauung. Allerdings könne man die Windräder sehen - wie auch die in Kemel und Allendorf.

Wenn Aarbergen keine Windkraftflächen ausweise, könnten überall Windanlagen errichtet werden, so ein weiteres Argument Kirchhofs. Diese angebliche Ausschlusswirkung wurde in der weiteren Diskussion aber mit Hinweis auf ein anderslautendes Gerichtsurteil in Zweifel gezogen.

Grüne und CDU lehnen SPD-Antrag ab

Die Grünen lehnten den SPD-Antrag spontan ab. Ihr Sprecher Dieter Bauer erklärte, der Gemeindevorstand solle das gesamte Gemeindegebiet und alle Optionen prüfen. Zudem sollte man die Bürger aller Ortsteile in die Entscheidungsfindung einbeziehen und befragen.

„Mit Erstaunen und auch etwas Unverständnis“ habe die CDU den SPD-Antrag zur Kenntnis genommen, stellte deren Fraktionssprecher Jan Crecelius fest. Er hielt der SPD vor, nach dem Sankt-Florians-Prinzip die Hausener von Windrädern verschonen und sie den Panrodern vor die Nase setzen zu wollen.

Stattdessen forderte die CDU einen Beschluss, jede Windkraft in Aarbergen zu verhindern, keine gemeindlichen Flächen dafür zur Verfügung zu stellen und das so dem RP mitzuteilen. „Wir wollen die Bürger aller Ortsteile vor Windanlagen schützen“, erklärte der CDU-Sprecher.+

Vor Entscheidung Bürgermeinung einholen

Als Ortsvorsteher von Panrod meldete sich der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Ernst-Herbert Haberstock (CDU), zu Wort. Er sagte, die Ausweisung einer Fläche für Windanlagen verhindere nicht deren Bau an unerwünschten Standorten. Zudem habe die Gemeinde keinen Einfluss auf die regionale Raumordnung, das Bundesbaugesetz mit Privilegierung der Windkraft stehe über allem. Auch sollte man den Eindruck vermeiden, „dass wir Ortsteile gegeneinander ausspielen.“ Stattdessen solle der Gemeindevorstand das gesamte Gemeindegebiet auf geeignete Flächen hin prüfen, so wie im Juni bereits beschlossen. Im Übrigen habe die Gemeinde keinen Einfluss auf private Flächen. „Klar ist, wir brauchen alternative Energiegewinnung, aber wenn die Bürger nicht wollen, dann lassen wir es eben“, erklärte Haberstock.

Nach einer Sitzungsunterbrechung lenkte Dieter Kirschhoch ein und plädierte für die Absetzung seines Antrags. Er stellte fest, es gebe noch Beratungsbedarf, in welcher Form die Bürger eingezogen werden können. Auch die Rechtssicherheit hinsichtlich der Ausschlusswirkung sei zu überprüfen. Über Weihnachten und Neujahr könne man darüber nachdenken. Der Antrag und das Thema soll dann wieder auf die Tagesordnung der ersten

Gemeindevertretersitzung im Jahr 2011 gesetzt werden.

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2011

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main